

## Preiswürdig

Seit mehr als zwanzig Jahren gehört der Dialog zwischen Christentum und Islam zum festen Bestandteil des Programms von Katholikentagen und Evangelischen Kirchentagen. Damit waren die Laien in den großen christlichen Kirchen in Deutschland Schrittmacher auf einem Feld, dessen gesellschaftliche und politische Brisanz und Notwendigkeit von vielen erst in den letzten Jahren entdeckt wurde.

Dabei haben die beiden christlichen Laintreffen von Beginn an erkannt, dass beim Dialog zwischen Christen und Muslimen die religiösen und die kulturellen Fragen unlösbar miteinander verbunden sind. Genau so selbstverständlich war die gemeinsame, partnerschaftliche Erarbeitung aller Programmangebote durch Christen und Muslime.

So hat der Katholikentag in Saarbrücken bei seinem christlich-islamischen Dialog mit großem Erfolg erneut Elemente der Begegnung und Information verbunden mit interreligiösem Gespräch und politischer Diskussion. Neben gemeinsamer Arbeit an Koran und Bibel ging es auch um Themen der Familien-, Friedens- und Sozialpolitik. Allein zum islamischen Freitagsgebet mit deutscher Predigt kamen über 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, mehr als die Hälfte waren Christen.

In Würdigung dieses gesellschaftlichen Engagements hat die Pax-Bank-Stiftung in der vergangenen Woche dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken und dem Deutschen Evangelischen Kirchentag ihren Preis für herausragende Arbeiten auf dem Gebiet des interkulturellen Dialogs zwischen Christentum und Islam verliehen.

Über diese Anerkennung haben wir uns gefreut und verstehen sie als Ansporn, auf dem eingeschlagenen Weg weiter zu gehen.

Stefan Vesper

12. Jg. Nr. 3 30. Juni 2006

## Inhalt

### Dimensionen der Gerechtigkeit

Ein Fazit zum Saarbrücker Katholikentag

Hans Joachim Meyer 2

### Global Governace - Rezept gegen Armut?

Ein Katholikentagsforum  
mit Bundespräsident Horst Köhler

Henrik Lesaar 4

### Von Rosalynne und dem Umgang mit HIV/Aids

Umdenken in der Kirche notwendig

Michael Steeb 5

### Studiengebühren mit Folgen

Entwicklungspolitische Ziele in der  
Hochschulpolitik neu verorten

Lukas Rölli 7

### Rangordnung der Werte

Embryonenforschung in der EU

Rolf Schumacher 9

### Zukunftsperspektiven eröffnen

Bleiberecht als Chance für Menschen,  
die schon lange in Deutschland leben

Gabriele Erpenbeck 11

### Katholikentag

Presseschau

13

## Dimensionen der Gerechtigkeit

### Ein Fazit

**Seit ihrem Entstehen in der Mitte des 19. Jahrhunderts wollen die Katholikentage Zeitansage sein und aus der Mitte des Glaubens in die Gesellschaft hineinwirken. Sie sind daher zugleich geistliches Ereignis und politisches Ereignis. Dem Katholikentag 2006 in Saarbrücken ist es in besonderer Weise gelungen, den Zusammenhang zwischen geistlicher Existenz und gesellschaftlichem Engagement öffentlich erlebbar zu machen.**

Sein Leitwort "Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht" entsprach den Sorgen vieler Menschen und der Orientierungsnot unserer Gesellschaft. Als wir uns dazu entschlossen, schien Gerechtigkeit allerdings ein Wort von Gestern zu sein. Die Reformdebatte hatte weithin einen technokratischen Charakter. Zu vielen in Politik, Publizistik und Wissenschaft ging es nur um den Umbau oder den Abbau des Sozialstaates, nicht aber um eine neue Perspektive der Gesellschaft, deren Orientierungspunkte Freiheit und Gerechtigkeit sind. Freiheit und Gerechtigkeit gehören aber zusammen und müssen daher in ein neues und zukunftsfähiges Verhältnis gebracht werden. Dabei dürfen wir unsere Erfahrungen aus der Geschichte nicht vergessen. Gerechtigkeit ohne Freiheit bedeutet Unterdrückung und Stagnation.

Freiheit ohne Gerechtigkeit führt zur Herrschaft der Stärkeren. Die gemeinsame ethische Verpflichtung auf die Gerechtigkeit hält eine freiheitliche Gesellschaft zusammen und lässt sie zugleich nach vorn sehen.

### Dimensionen der Gerechtigkeit entfaltet

Der Katholikentag entfaltete die Dimensionen der Gerechtigkeit. Im Zentrum der gottesdienstlichen Verkündigung stand Gottes Gerechtigkeit, die immer größer ist als unser Streben und unsere Maßstäbe, und Gottes Zusage, dass er unsere Mühen um Gerechtigkeit vollenden wird. Als dialogisches Forum rückte der Katholikentag das Thema der Gerechtigkeit in den Focus der gesellschaftlichen Debatte. Und als Werkstatt der Analyse und des Nachdenkens konkretisierte er die

Suche nach Modellen und Lösungen. Das große öffentliche Interesse erwies, dass unser Leitwort nicht nur ein mutiger, sondern auch ein erfolgreicher Griff war.

### Starke gesellschaftliche Beteiligung

Durch die Arbeit vieler ist das Leitwort in Saarbrücken zur konkreten Erfahrung und zum ermutigenden Impuls geworden. Erneut war das Gelingen des Katholikentages zugleich das Werk vieler Katholiken und unserer christlichen Geschwister aus der Ökumene. Wie nur selten gelang uns die thematische Konzentration des Programms auf den Impuls durch das Leitwort. Eine wichtige Unterstützung war uns dafür die sozialwissenschaftliche Kompetenz und das sozialpolitische Engagement des gastgebenden Trierer Bischofs Reinhard Marx.

Von großer Bedeutung für die öffentliche Wirksamkeit des Katholikentages war die aktive Mitwirkung namhafter deutscher und europäischer Persönlichkeiten aus der Politik und der Wissenschaft. Zu nennen sind insbesondere Bundespräsident Horst Köhler, Bundeskanzlerin Angela Merkel und der SPD-Vorsitzende Kurt Beck sowie aus Europa der EU-Ratspräsident und Bundeskanzler Österreichs, Wolfgang Schüssel, der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker und der kroatische Ministerpräsident Ivo Sander.

Die große Zahl katholischer Bischöfe und Laien aus Europa und der Welt unterstrich das wachsende grenzüberschreitende Ansehen dieses Christentreffens. Entgegen mancher Voraussagen wurde das öffentliche Interesse an Saarbrücken durch den fast zeitgleichen Besuch des Papstes in Polen nicht beeinträchtigt, wie ein Vergleich mit dem Medienecho früherer Katholikentage erweist. Vielmehr konnten wir mit Recht darauf hinweisen, dass die Worte des Heiligen Vaters in seiner ersten Enzyklika über die Bedeutung der Gerechtigkeit für das politische Handeln unsere Entscheidung für dieses Leitwort bestätigten. Diese Übereinstimmung wurde durch die Botschaft des Papstes an den Katholikentag noch unterstrichen.

### Sensibilität für Gerechtigkeit erhöht

Worin besteht der Ertrag von Saarbrücken? Durch diesen Katholikentag ist das Thema der Gerechtigkeit in der öffentlichen Auseinandersetzung wieder fassbar geworden. Er hat die gesellschaftliche Sensibilität für Gerechtigkeit als ethisches Anliegen

und als politische Aufgaben deutlich erhöht. Auf vielen Veranstaltungen wurde konkret gezeigt, wie dringlich der Einsatz für mehr Gerechtigkeit ist. Die Arbeits- und Perspektivlosigkeit vieler junger Menschen und die Chancenlosigkeit vieler älterer Menschen darf nicht wie eine gesellschaftliche Selbstverständlichkeit hingenommen werden. Nach wie vor leiden viele Familien unter struktureller Ungerechtigkeit. Immer noch nimmt die Zahl junger Menschen, die sich zu Kindern entschließen und Familien gründen, weiter ab. Dadurch wird die Lebensfähigkeit unserer Gesellschaft bedroht.

### **Herausforderung für katholische Soziallehre**

Auf der Suche nach neuen Antworten und zukunftsweisenden Modellen richtet sich der Blick naturgemäß auf die katholische Soziallehre. Deren Grundsätze sind auch heute noch gültig. Damit sie zu neuer gesellschaftlicher Wirkung kommen können, bedarf es jedoch einer eingehenden Analyse der konkreten Wirklichkeit und realistischer Lösungsvorschläge. In einer sich wandelnden Welt müssen Theorie und Praxis neu zusammengeführt werden. Uns helfen weder akademische Traditionspflege noch eine Beschimpfung der Wirklichkeit von einer realitätsfernen Position hehrer Grundsätze aus.

Was wir brauchen, ist ein neuer Entwurf von Gerechtigkeit für die künftige europäische Gesellschaft und für den sich herausbildenden weltweiten Zusammenhang der Menschheit. Im 21. Jahrhundert können wir uns nicht nur um Gerechtigkeit in Deutschland sorgen. Gerechtigkeit muss die gesellschaftliche Perspektive des freiheitlichen Europas sein. Und Europa hat nur dann eine friedliche Zukunft, wenn es aktiv dazu beiträgt, Gerechtigkeit in der einen Welt zu schaffen.

### **Chance für neue Vitalität**

Die gesellschaftlichen Probleme und Schwierigkeiten sind für den sozialen Katholizismus eine Herausforderung und damit zugleich eine Chance zu neuer Vitalität. Um diese Chance zu nutzen, dürfen wir uns weder an überlebte Strukturen klammern, noch der Verachtung von Strukturen durch den individualistischen Zeitgeist folgen,

sondern müssen nüchtern mit neuen Wegen und Formen experimentieren. Die katholischen Antworten auf die Herausforderungen der Wirklichkeit können nur dialogisch gefunden werden. Wir brauchen Dialoge der Katholiken untereinander und Dialoge der Katholiken mit allen Menschen, die sich der Achtung der Menschenwürde als erstem Grundsatz unserer Gesellschaft verpflichtet fühlen.

Die Herausforderungen der Wirklichkeit sind zugleich eine große Chance für die Ökumene. Im gemeinsamen Eintreten für Mitmenschlichkeit wächst und erstarkt die Gemeinsamkeit der Christen und der christlichen Kirchen. Die ökumenischen Veranstaltungen, die in Saarbrücken zusammen mit dem Deutschen Evangelischen Kirchentag und unseren anderen Partnern in der Ökumene vorbereitet und durchgeführt wurden, waren ein weiterer Schritt auf dem Wege zum zweiten Ökumenischen Kirchentag. Für München 2010 haben wir uns das Rahmenthema "Christ sein in der Gesellschaft, Christ sein für die Gesellschaft" vorgenommen. Damit stehen wir auf vielfach erprobten Grundlagen ökumenischer Gemeinsamkeit.

### **Beachtlicher Erfolg**

Saarbrücken als Ort des 96. Deutschen Katholikentages war zugleich ein Risiko und eine Chance. Ein Risiko, weil für die meisten deutschen Katholiken diese Stadt eher entfernt liegt. Eine Chance, weil diese Stadt nicht nur in der Nähe von drei europäischen Nachbarländern liegt, sondern seit langem in vielfachen europäischen Zusammenhängen lebt. In deutscher wie in europäischer Hinsicht war Saarbrücken ein beachtlicher Erfolg, obwohl wir uns als Ergebnis unserer zweijährigen Anstrengungen über eine größere Teilnehmerzahl gefreut hätten. Wer gekommen war, blieb und beteiligte sich aktiv – trotz des schlechten Wetters von Donnerstagfrüh bis Sonnabendnachmittag. Das widerlegte die Voraussage eines prominenten Politikwissenschaftlers, der Erfolg von Katholikentagen hinge vom Wetter ab. Dass bei der Eröffnung am Mittwochabend und beim Schlussgottesdienst am Sonntag der Himmel strahlte, war trotzdem schön.

*Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, Präsident des ZdK*

## Global Governance – Rezept gegen Armut?

Ein Forum mit Bundespräsident  
Horst Köhler

*Die Entwicklung neuer Formen der Global Governance durch Staaten und internationale Organisationen, aber auch Unternehmen, Zivilgesellschaft und die Kirchen gilt als möglicher Ansatz zur Armutsbekämpfung. Während des Katholikentages diskutierten Bundespräsident Horst Köhler, WTO-Generaldirektor Pascal Lamy und Kardinal Oscar Rodriguez Maradiaga über die Frage, welchen Beitrag Global Governance tatsächlich zur Armutsbekämpfung leisten kann.*

Unter Global Governance wird die Entwicklung internationaler Mechanismen für politische Entscheidungen von globaler Relevanz verstanden. Die Moderatorin des Forums Christiane Overkamp leitete mit der Frage ein, wie der Globalisierungsprozess im Sinne des Gemeinwohls und der Interessen der Armen gesteuert werden kann.

Bundespräsident Köhler unterstrich die Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit, die sich an den Zielen Frieden und Gerechtigkeit orientiert. Die Armut stelle eine ständige Bedrohung für den Frieden dar. Er machte deutlich, dass über die ökonomischen Ansätze hinaus verbindende Werte nötig seien. Für ihn als Christ ergäben sich diese aus dem Gebot der Nächstenliebe, sie ließen sich aber ebenso aus dem Prinzip der Humanität ableiten.

WTO-Generaldirektor Pascal Lamy stellte fest, dass ein neues System der Global Governance zu entwickeln sei. Insbesondere seien Akteure zu identifizieren, die die Verständigung zwischen Staaten organisierten. Internationale Handelsregeln müssten zugunsten der Entwicklungsländer geändert werden.

Kardinal Oscar Rodriguez Maradiaga hob hervor, dass die Globalisierung die Gestaltungsmöglichkeiten der nationalen Staaten geschwächt habe. Er erinnerte daran, dass der wirtschaftliche Erfolg oft einen hohen menschlichen Preis fordere. Mit dem Hinweis auf die Enzyklika *Populorum Pro-*

*gressio* sprach er sich für neue Regeln der internationalen Organisationen aus, die den Bedürfnissen der Entwicklungsländer besser Rechnung tragen, insbesondere für die Stärkung internationalen Rechts und Durchsetzungsmöglichkeiten für die Vereinten Nationen.

### Gegen Doppelmoral

In der Podiumsdiskussion unterstrich Bundespräsident Köhler, dass die Vereinten Nationen der wichtigste Ort für die Verständigung auf gemeinsame Werte seien. Er kritisierte, dass viele Staaten eine an den nationalen Interessen orientierte Politik betreiben, was er als "Doppelmoral" brandmarkte. Die Wähler sollten genau darauf achten, ob Politiker nur gute Ziele für Deutschland oder auch für die Armen der Welt verfolgen. Kardinal Rodriguez veranschaulichte, dass die ethische Ausrichtung nicht ein Hut sei, den man sich im Bedarfsfall anziehe, sondern wesentlicher Bestandteil der politischen Erwägungen sein müsse.

Aus den zahlreichen Fragen des Publikums, ging eine deutliche Skepsis gegenüber der heutigen Global Governance hervor. Auf die Frage nach ihrem Einfluss auf die Rechtstaatlichkeit kritisierte Kardinal Rodriguez die Verbreitung der Korruption als "Krebsgeschwür der wirtschaftlichen Entwicklung". Auf die Frage nach Reformen der internationalen Organisationen regte Bundespräsident Köhler eine bessere Koordinierung untereinander an und schlug vor, das internationale Gemeinwohl in die Satzungen aufzunehmen. Hinsichtlich der WTO führte Lamy aus, dass hier bereits das Prinzip "one state – one vote" gelte und es daher nun darauf ankomme, unter den Mitgliedstaaten für neue, entwicklungsfreundlichere Positionen zu werben. Hinsichtlich der Frage nach der Legitimität von Global Governance forderte Lamy die Schaffung eines demokratisch legitimierten Systems. Er erinnerte an die Erfahrungen der Europäer beim Aufbau der EU, auf die andere Kontinente mit Interesse und Hoffnung blickten.

Die Diskussion schloss mit der eindrücklichen Frage eines Kindes – "Warum gibt es keinen Frieden?" –, auf die Kardinal Rodriguez prägnant antwortete: "Es gibt keinen Frieden, weil es keine Gerechtigkeit gibt!"

*Henrik Lesaar, Rechtsreferent im Sekretariat der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE)*

## Von Rosalyne und dem Umgang mit HIV/Aids

### Umdenken in der Kirche notwendig

*Immer noch ist die kirchliche Auseinandersetzung mit HIV/Aids geprägt vom Stigma der Sündhaftigkeit, auch wenn gerade mit dem Blick auf den am schlimmsten betroffenen Kontinent Afrika deutlich wird, wie differenziert die Ursachen sind. Dringend notwendig ist nicht nur ein Umdenken der Kirche bei der grundsätzlichen, moraltheologischen Betrachtung sondern auch in der alltäglichen Praxis.*

Seit bereits acht Jahren arbeitete Rosalyne L. als Krankenschwester in dem kirchlichen Krankenhaus in der Nähe des Lake Victoria. Als Tansanierin kam sie mit den kargen Bedingungen dieser wenig abwechslungsreichen Region gut zurecht, sie klagte nie und wollte auch nicht wie viele ihrer Kolleginnen und Kollegen möglichst schnell in eine der größeren Städte wegziehen. Sie liebte ja ihren Beruf, von dem sie schon als kleines Mädchen geträumt hatte. Und die Leprapatienten, die sie mit viel Engagement und Herz betreute, verehrten sie. Bis zu dem Tag, an dem sich durch Indiskretion wie ein Lauffeuer unter Patienten und Angestellten des Krankenhauses die Nachricht verbreitete, Rosalyne ist HIV/positiv. Ihr Mann hatte sie angesteckt. Von jetzt auf nachher weigerten sich die Leprapatienten "von so einer" behandelt zu werden. Der kirchliche Träger setzte unter fadenscheinigen Gründen Rosalyne's Entlassung durch.

### HIV/Aids in Afrika

Im Kampf gegen HIV/Aids gibt es, zumal wenn man in Europa lebt, in den vergangenen Jahren zahlreiche Fortschritte zu verzeichnen. Retrovirale Medikamente lassen die Lebenserwartung infizierter Menschen in die Höhe steigen. Aids ist nicht mehr Todesurteil, sondern wird zum chronischen Leiden. Die Steigerungsraten der Neuinfizierungen sind rückläufig. Doch von den 4,1 Millionen Menschen, die sich 2005 neu infiziert haben, leben 3,2 Millionen in Afrika südlich der Sahara, ebenso wie von den schätzungsweise 2,8 Millionen Todesopfer 2,4 Millionen aus dieser Region kommen.

Schon allein diese wenigen Zahlen zeigen, dass die weltweite Bekämpfung von HIV/Aids nur zum geringeren Teil eine medizinische Herausforderung darstellt. Die prozentuale Verteilung der Infizierten auf unserem Planeten ist gleichzeitig ein sicherer Indikator für den Zugang zu Bildung, zu sauberem Trinkwasser, für die Respektierung der Rechte der Frauen, für die Verteilung von globalem Reichtum und Armut. Nur wenn wir dies begreifen, werden wir in der Lage sein, auf HIV/Aids die adäquate Antwort zu geben.

### Begrenzte Bereitschaft zum Handeln

Ansätze dazu sind durchaus vorhanden. In der sogenannten Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen, mit der sich die Regierungen zur weltweiten Bekämpfung der Armut bis zum Jahr 2015 verpflichteten, wurde als ein Ziel der Stopp der weiteren Verbreitung von Aids benannt sowie der Zusammenhang zwischen Verbreitung von HIV/Aids und Armut ausdrücklich anerkannt. Die zweite UN-Aids-Konferenz, die gerade Anfang Juni in New York zu Ende ging, hat in einem 53-Punkte-Programm die Zielrichtung für das gemeinsame Engagement im Kampf gegen Aids beschrieben, wenngleich eine Festlegung auf finanzielle Ziele durch die wichtigsten Geberländer verhindert wurde. Es bleibt daher offen, wie die bis zum Jahre 2010 benötigten 23 Mrd. Dollar aufgebracht werden sollen. Und damit bleibt auch das Schicksal der 88 Millionen Menschen offen, die sich voraussichtlich in den nächsten zehn Jahren mit dieser Krankheit infizieren werden. Das Umgehen mit HIV/Aids durch die Staatengemeinschaft war und ist bis heute ambivalent zwischen Anerkennung der Dimension dieser Menschheitsgeisel und letztlich einer doch nur begrenzten Bereitschaft zur grundlegenden Veränderung.

### Ambivalente Haltung der Kirche

Ambivalent, wenn auch in anderer Form, ist das Handeln und der Umgang der Kirche mit dieser Herausforderung. Sehr oft wird dabei das Engagement kirchlicher Einrichtungen und Organisationen für die Aids-Kranken herausgestellt. In der Tat sind oftmals sie die einzigen, die in Afrika oder in anderen Teilen der Welt den schwer erkrankten oder mit dem Tode ringenden Menschen Hilfe und Würde zukommen lassen. Ordensfrauen und zahlreiche Laien kümmern sich um die Ausgestoßenen und die rasant wachsende Zahl der Waisen.

Zu Beginn war die innerkirchliche Auseinandersetzung mit HIV/Aids gewiss auch überschattet durch die gedankliche Verbindung mit Homosexualität, Promiskuität und einer irgendwie unterstellten Sündhaftigkeit. Ohne Zweifel stellte HIV/Aids eine Herausforderung an kirchliche Traditionsvorstellungen und Moraltheologie dar. Heute rückt dagegen zunehmend eine Betrachtungsweise in den Mittelpunkt, die im Umgang mit Aids einen Prüfstein für die Glaubwürdigkeit unserer Kirche sieht. Die ostafrikanische Bischofskonferenz (AMECEA) formulierte in ihrer Erklärung von 2005 unter anderem:

Just as Christ identified himself with the suffering, we Christians are now called upon to identify ourselves with the vulnerable and the suffering in the face of this great menace of HIV/AIDS. Loving and caring solidarity will take away all forms of stigmatisation.

Acknowledging the fact that a human person was created in the image and likeness of God, all persons carry with them a dignity that is not diminished by suffering or sickness. Therefore, all facets of justice; be they social, cultural, political, legal or economic, must also, without discrimination, apply to all people who are affected or infected with HIV.

### **Änderungen im Handeln**

So richtig dies in seiner umfassenden Dimension ist, soweit und steinig ist aber doch auch der Weg zum glaubwürdigen Zeugnis. Wie halten wir es als kirchliche Arbeitgeber mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich infiziert haben? In Deutschland mag das ja gut geregelt sein. Als AGEH, die mit sehr vielen kirchlichen Partnern in Afrika in Kontakt ist, machen wir jedoch immer noch die Erfahrung, dass Rosalyne's Schicksal kein Einzelfall ist. Während Firmen im südlichen Afrika bereits seit Jahren eine "work place policy" verfolgen, die Aufklärung aber vor allem auch medizinische Hilfe sowie Arbeitsplatzsicherheit für Erkrankte beinhaltet, setzen sich derartige Ansätze bei der Kirche als Arbeitgeber erst langsam durch.

Wer die Situation afrikanischer Frauen kennt, weiß wie schnell sie durch männliches Selbstverständnis und Gewalt wie Rosalyne zu (Aids-)Opfern werden. Dies darf eine Kirche nicht ignorieren. Wer sich vor Augen hält, wie theologisch-philosophisch ziseliert wir die Frage von

Krieg und Frieden behandeln, der muss sich zwangsläufig fragen, warum es gerade in der Sexualmoral kein gestuftes Gewissen gibt. Wenn es um das Heil des Menschen ging, kannte Jesus keine Tabus, er überschritt sie, wann immer es um des Menschen willen nötig war. Jesus hierin nicht zu folgen, heißt in Afrika, unzählige Frauen HIV/Aids auszuliefern.

### **Erfahrungen aus der Praxis**

HIV/Aids als ein fernes afrikanisches Problem zu betrachten, wäre falsch. Als wir vor zwei Jahren in der AGEH begonnen hatten, uns damit auseinander zu setzen, was denn HIV/Aids für uns als Personaldienst, also einer Organisation, die Fachkräfte in den Entwicklungsdienst vermittelt, bedeutet, ahnten wir nicht, wie vielschichtig und komplex diese Thematik ist. Über versicherungsrechtliche oder medizinische Fragen gab es selbstverständlich schon seit langem Maßnahmen und Regelungen. Jedoch die gesamte Arbeit an der spirituellen wie entwicklungspolitischen Dimension von HIV/Aids zu spiegeln, war eine neue wichtige Erfahrung, die unsere Arbeitsweisen und Praxis veränderte.

Aus unserer Auseinandersetzung mit HIV/Aids haben wir folgende Schlüsse gezogen:

Die Bekämpfung von HIV/Aids ist kein karitativer Akt, sondern ein Gebot der Gerechtigkeit.

Die HIV/Aids-Problematik auf den Zugang zu Medikamenten und medizinischer Behandlung allein zu reduzieren, heißt ein globales Problem zu individualisieren.

Der Umgang mit HIV/Aids ist Herausforderung, Prüfstein und Chance zugleich für uns als Kirche, Zeugnis zu geben.

*Michael Steeb, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe, Personaldienst der deutschen Katholiken für internationale Zusammenarbeit (AGEH), Mitglied des ZdK*

PS: Rosalyne ist vor einigen Jahren allein in einer Hütte bei Mwanza verstorben. Ihr Mann, der sie mit dem Virus ansteckte und der sich nach dem Bekannt werden von Rosalyne's Infizierung von ihr trennte, blieb bis kurz vor seinem Tod im kirchlichen Dienst. Ich danke Rosalyne, dass sie mir die Augen öffnete.

## Studiengebühren mit Folgen

### Entwicklungspolitische Ziele in der Hochschulpolitik neu verorten

*Die Einführung von Studiengebühren und kostenpflichtigen Vorauswahlverfahren für ausländische Studienbewerber an deutschen Hochschulen kann insbesondere Interessenten aus Schwellen- und Entwicklungsländern von einer Entscheidung für eine deutsche Universität abhalten. Der auch aus entwicklungspolitischen Motiven durch den Bund und die Universitäten geförderten Internationalisierung der Hochschullandschaft droht ein Rückschlag, wenn nicht rechtzeitig geeignete Gegenmaßnahmen ergriffen werden.*

Kaum bemerkt von der breiten Öffentlichkeit hat sich Deutschland in den vergangenen rund 10 Jahren zu einem der am stärksten international geprägten Hochschulstandorte weltweit entwickelt. Nur an US-amerikanischen und an britischen Hochschulen studieren mehr ausländische junge Menschen als in Deutschland, zur Zeit sind es rund 180.000 sogenannte Bildungsausländer.

Dies ist das Ergebnis einer bewussten Politik des Bundes und der Hochschulen, die ausländische Studieninteressierte in großer Zahl angeworben haben. Nun werden in mehreren Bundesländern Studiengebühren eingeführt, und gleichzeitig wird ein kostenpflichtiges Vorauswahlverfahren für ausländische Studienbewerber aufgebaut. Dies bedeutet einen grundlegenden Paradigmenwechsel für die Internationalisierung des deutschen Hochschulwesens, der insbesondere dessen entwicklungspolitische Komponente in Frage stellt.

#### **Standortvorteil Gebührenfreiheit**

Die Anwerbung ausländischer Studieninteressierter ist mit dem Ziel erfolgt, Deutschland im internationalen "Wettbewerb um die besten Köpfe" einen Spitzenplatz zu sichern, der Wissenschaft und der Wirtschaft des Landes damit Vorteile zu verschaffen und einen Beitrag zum Ausbau der Beziehungen mit den Herkunftsländern der Studierenden zu leisten. Dabei spielten auch entwicklungspolitische Motive eine Rolle. Entscheidend für den Erfolg dieser Strategie war die Tatsache,

dass Deutschland ein Land ohne Studiengebühren war. Für Studieninteressierte aus ärmeren Ländern war dies besonders interessant.

In Schwellen- und Entwicklungsländern ist die Anwerbung von Studierenden für deutsche Hochschulen denn auch am erfolgreichsten gewesen. Aus diesen Ländern stammten 2004 rund vier Fünftel der Bildungsausländer in Deutschland. Nur schätzungsweise jeder Fünfte von ihnen kann seinen Studienaufenthalt mit einem Stipendium finanzieren. Für die meisten war deshalb die Studiengebührenfreiheit ein ausschlaggebender Grund, sich in Deutschland zu immatrikulieren.

Dieser "Standortvorteil" deutscher Hochschulen wird durch die Einführung von Studiengebühren relativiert, wenngleich diese im Vergleich zu amerikanischen, britischen oder australischen Gebühren noch immer bescheiden ausfallen.

#### **Einnahmen zur Verbesserung der Betreuung nutzen**

Der in den Jahresberichten von Hochschulen, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) mit Stolz bilanzierte Anteil ausländischer Studierender verliert viel von seinem Glanz, wenn man die Tatsache mit in den Blick nimmt, dass die Quote der Studienabbrecher bei ausländischen Studierenden nach vorsichtigen Schätzungen bis zu 50 Prozent beträgt.

Wesentliche Ursachen für diesen bedauerlichen Zustand liegen darin, dass ausländische Studierende sich zu wenig sorgfältig auf ihren Studienaufenthalt in Deutschland vorbereiten, und dass die deutschen Hochschulen sich zu wenig um diese Studierenden kümmern. Die gezielte Vorauswahl von Studieninteressierten durch kostenpflichtige Testverfahren, die die Hochschulen mit Unterstützung des DAAD einzuführen versuchen, soll zumindest in einem Bereich Abhilfe schaffen. Die Studiengebühren werden mit der Maßgabe eingeführt, mit den damit erzielten Einnahmen die Rahmenbedingungen von Studium und Lehre zu verbessern. Ob damit auch eine intensivere Betreuung ausländischer Studierender verbunden ist, bleibt zunächst abzuwarten.

#### **Weniger Studierende aus armen Ländern**

Kostenpflichtige Eignungstests und Studiengebühren von jährlich 1.000 Euro und mehr (Hessen be-

absichtigt, von ausländischen Studierenden außerhalb der EU bis zu 3.000 Euro Gebühren zu fordern) treffen ausländische Studierende aus Schwellen- und Entwicklungsländern, die nicht im Rahmen von Austauschprogrammen nach Deutschland kommen, besonders hart. Sie haben keinen Anspruch auf ein staatlich gefördertes Gebührendarlehen und können wegen ausländerrechtlichen Beschränkungen nur in begrenztem Umfang durch Erwerbstätigkeit ihren Lebensunterhalt verdienen.

Entscheidend wird für sie in Zukunft weniger die persönliche Begabung und Leistungsfähigkeit sein als vielmehr der Wohlstand ihrer Familie. Im schlechteren Fall werden mehr wohlhabende als kluge Köpfe ins Land geholt. Die Zahl ausländischer Studierender aus armen Ländern droht unter diesen Umständen zurückzugehen. Darunter leiden insbesondere entwicklungspolitische Zielsetzungen der Hochschulpolitik.

#### **Gebührenfreiheit mit entwicklungspolitischem Ziel**

Der Bund, bei dem entwicklungspolitische Verantwortung zunächst verortet ist, zeigt wenig Interesse daran, im Rahmen von entwicklungspolitischen Förderprogrammen Studiengebühren einzelner Hochschulen in den Ländern zu finanzieren. Die Bundesländer, die Studiengebühren einführen, und in noch viel höherem Maße die Hochschulen sind sich der entwicklungspolitischen Wirkung von Gebühren kaum bewusst.

Vor allen Dingen aber zeigen sie bisher keinerlei Anzeichen, entwicklungspolitische Verantwortung zu übernehmen. Als Ausnahmetatbestände für die Gebührenpflicht werden in den bisher vorliegenden Gesetzen und Verordnungen lediglich bildungs- und wissenschaftspolitische Interessen der Hochschulen genannt. Studienaufenthalte mit klaren entwicklungspolitischen Zielsetzungen - wie sie beispielsweise die katholische und die evangelische Kirche mit ihren Förderwerken für ausländische Studierende unterstützen - profitieren nicht von einer automatischen Gebührenbefreiung.

Wenn Studierende in entwicklungspolitischen Austauschprogrammen Studiengebühren bezah-

len müssen und die Fördermittel nicht erhöht werden können, führt dies zu einer Reduktion der Anzahl geförderter Studierender. Ebenso dürfte die Zahl der frei ins Land kommenden ausländischen Studierenden aus Schwellen- und Entwicklungsländern spürbar zurückgehen, wenn für sie keine Möglichkeit zur Abfederung von Studiengebühren vorhanden ist. Die bundesstaatlich unterschiedlich verortete Verantwortung für Hochschulpolitik und für Entwicklungspolitik und die in den meisten Bundesländern erfolgte Delegation von Detailregelungen an die Hochschulen machen eine Lösung dieses Problems sehr schwierig.

#### **Darlehensfonds für Studierende aus Schwellen- und Entwicklungsländern**

Um den Schaden, der durch die rasche Einführung von Studiengebühren entstehen kann, zu begrenzen, ist es zunächst notwendig, die bereits immatrikulierten ausländischen Studierenden ohne Darlehensanspruch bis zum Ende ihres Studiums von der Gebührenpflicht zu befreien. Baden-Württemberg hat hier eine Vorreiterrolle übernommen.

Das gesamtstaatliche Interesse an entwicklungspolitischen Programmen legt sodann nahe, dass Studierende, die mit Stipendien aus entwicklungspolitischen Förderprogrammen nach Deutschland gekommen sind, dauerhaft von der Gebührenpflicht befreit werden. Schließlich müssten die Hochschulen für die Gruppe der frei ins Land kommenden Studierenden aus Schwellen- und Entwicklungsländern Darlehensfonds schaffen, die es begabten jungen Menschen auch aus ärmeren Schichten dieser Länder ermöglichen, ein Studium in Deutschland zu finanzieren.

Deutschland hat sich als Studienstandort in diesen Ländern einen guten Ruf gemacht. Dieser gute Ruf sollte nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

*Dr. Lukas Rölli, Geschäftsführer des Forum Hochschule und Kirche e.V., Bonn*

(Mehr Informationen zur Statistik von ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen finden Sie unter [www.wissenschaft-weltoffen.de](http://www.wissenschaft-weltoffen.de)).

## Rangordnung der Werte

### Embryonenforschung

**Die Entwicklung ist absurd: Am 15. Juni 2006 hat sich das Europäische Parlament mit 284 gegen 249 Stimmen für die finanzielle Förderung von verbrauchender Embryonenforschung im Rahmen des 7. EU-Forschungsprogramms ausgesprochen. Sollte sich der EU-Ministerrat dieser Empfehlung anschließen, müssten Österreich, Deutschland, Polen, Luxemburg, Slowakei, Litauen und Malta Forschungsprojekte mitfinanzieren, die in ihren eigenen Ländern verboten sind.**

Der Vorgang zeigt: Wir brauchen in diesen wie in anderen Fragen ein europäisches Bewusstsein und entsprechende öffentliche Debatten.

### Auf die Rangordnung der Grundsätze und Werte kommt es an

In Deutschland sind solche Debatten bereits in erstaunlicher Breite und mit hohem Differenzierungsniveau geführt worden. Wer aber glaubt, in einer pluralen Gesellschaft sei das einmal erreichte Diskussionsniveau Allgemeingut und das erreichte Ergebnis für immer gesichert, der irrt. Vielmehr bedarf es ständiger Debatten und Klärungsprozesse. Grundsätzlich gilt in einer pluralen Gesellschaft: Es ist völlig legitim, dass Interessen bzw. Güter miteinander in Konkurrenz treten. In einem ständigen ethischen Diskurs muss geklärt werden, mit welchen Maßstäben und nach welchen Rangordnungen die in Konkurrenz stehenden Güter abgewogen werden. Und da gibt uns unsere Verfassung, gespeist aus den großen Traditionen der Antike und der Aufklärung und nicht zuletzt aus dem christlichen Menschenbild, eine eindeutige Wertpräferenz an die Hand:

Die Würde des Menschen – unabhängig von seinen Entwicklungsstufen und seinen Fähigkeiten – ist unantastbar, sie nimmt in der Rangordnung der abzuwägenden Güter die erste Stelle ein. Im Klartext heißt das: Die Würde des Menschen wird dort verletzt, wo der Mensch als Träger der Menschenwürde vom Staat oder von anderen Menschen zum bloßen Objekt gemacht und für Zwecke anderer genutzt wird, sei es für den Zweck der freien Forschung, sei es für den

Zweck, später Krankheiten heilen zu können. Anders ausgedrückt: Es gibt eine Rangordnung der Grundsätze und Werte, die wie folgt lautet:

1. Die Menschenwürde hat Vorrang.
2. Da das Leben die vitale Basis der Menschenwürde ist, ergibt sich für den Staat die Aufgabe, das menschliche Leben wirksam zu schützen.
3. An der Menschenwürde findet die Freiheit der Forschung ihre Grenzen.
4. Auch ein noch so guter Zweck heiligt nicht das Mittel, die Würde eines einzelnen Menschen anzutasten.

### Der Beginn menschlichen Lebens

Angewandt auf die politisch umstrittene Frage der verbrauchenden Embryonenforschung muss zunächst die Frage, wann das menschliche Leben beginnt, präzise beantwortet werden. Dabei ist wichtig festzuhalten, dass Christen diese Frage nicht von einem ethischen Sondergut her beantworten, sondern hier auch auf die naturwissenschaftliche Erkenntnis angewiesen sind. Und die Erkenntnis der Biologie lautet: Das menschliche Leben beginnt als Zygote (befruchtete Eizelle) mit doppeltem Chromosomensatz in der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle – unabhängig von der Art seines Zustandekommens. Von diesem Zeitpunkt an entwickelt sich der Mensch nicht zum Menschen, sondern als Mensch. Jeder Versuch, eine andere Grenze für den Beginn des menschlichen Lebens und in der Folge für die Schutzwürdigkeit des Menschen zu ziehen, ist willkürlich.

Eine überzeugende Begründung für diese Position liefern die sogen. **SKIP**-Argumente:

Das **Spezies**-Argument: Da Embryonen als Mitglieder der Spezies Mensch Menschen sind, besitzen sie Würde.

Das **Kontinuitäts**-Argument: Embryonen entwickeln sich kontinuierlich, d. h. ohne moralrelevante Einschnitte zu erwachsenen Menschen, die Würde besitzen.

Das **Identitäts**-Argument: Embryonen sind in moralrelevanter Hinsicht identisch mit erwachsenen Menschen, die Würde besitzen.

Das **Potenzialitäts**-Argument: Embryonen haben das Potenzial, sich als Mensch zu entwickeln und

dieses Potenzial ist uneingeschränkt schützenswert.

Eine andere Position legt den Beginn des menschlichen Lebens mit der Nidation (Einnistung in die Gebärmutter) fest. Dieses Kriterium überzeugt nicht, denn mit der Nidation ändern sich nur die für die weitere Entwicklung wohl entscheidenden Umgebungsbedingungen, nicht aber ändert sich in irgendeiner Weise das Wesen des Embryos. Die Nidation entscheidet nicht über Menschsein und folglich auch nicht über Menschenwürde. Der entscheidende qualitative Sprung bei der Entstehung des neuen menschlichen Lebens geschieht mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle. Es wäre verfehlt, die Nidation als eine normative Zäsur anzusehen, die schutzwürdige von nicht-schutzwürdigen Lebensphasen unterscheidet.

#### **Embryonen in vivo und in vitro auf je geeignete Weise schützen**

Oft wird das Argument angeführt, in Deutschland sei der Embryo in vitro besser geschützt als in vivo. Dazu ist festzuhalten: Die Gesetzgebung in Deutschland hält am Lebensrecht des Embryos in vivo und in vitro fest. Bei der künstlich herbeigeführten Verschmelzung von Ei- und Samenzelle in vitro weiß der Staat von Beginn an, dass hier ein Embryo entstanden ist. Insofern muss er dem Embryo in vitro gegenüber seiner Schutzpflicht von Beginn an nachkommen. Dass das Embryonenschutzgesetz von 1990 dies so festlegt und zudem sagt, dass Embryonen nur zur Herbeiführung einer Schwangerschaft hergestellt werden dürfen, ist im europäischen Vergleich eine große Errungenschaft, die es beizubehalten gilt.

Bei einer Schwangerschaft in vivo weiß zunächst einmal der Staat gar nicht von dem entstandenen Embryo, und folglich ist es für den Staat schwerer, der Schutzpflicht gegenüber dem Embryo von Beginn an nachzukommen. Zunächst weiß nur die Mutter und gegebenenfalls der behandelnde Arzt von der Schwangerschaft. Kommt es aufgrund der besonderen Konstellation in vivo – der Zweifelt in der Einheit des Mutterleibes – zu einer Konfliktsituation, so muss alles daran gesetzt werden, die Mutter für ein Leben mit dem Kind zu gewinnen.

Dabei kommt es darauf an, zugleich das Rechtsbewusstsein zu bewahren, dass Schwangerschaftsabbruch ein Unrecht ist und die Situation der sich in einem Schwangerschaftskonflikt befindenden

Frau ernst zu nehmen. Dazu ist die verpflichtende psychosoziale Beratung ein geeigneter Weg, sofern die ergebnisoffene Beratung entsprechend der gesetzlichen Bestimmung zielorientiert auf den Schutz des Lebens erfolgt. Deshalb ist die Qualität der Beratung von entscheidender Bedeutung. Eine solche, unserer Gesetzgebung zugrunde liegende Konzeption, die an der Rechtswidrigkeit festhält und die Strafdrohung zugunsten einer am Lebensschutz orientierten Beratung zurücknimmt, ist den beiden bisher erprobten Alternativen – sowohl der Fristenlösung wie der sogenannten Indikationlösung, bei der die Entscheidung über den Schwangerschaftsabbruch im Konfliktfall faktisch von der Mutter auf den Arzt verlagert wird – weit überlegen.

#### **Faszination Stammzellforschung**

Kehren wir noch einmal zur Forschung zurück. Zweifelsohne geht von der Stammzellforschung eine ungeheure Faszination aus. Stammzellen verheißen eine neuartige Möglichkeit, Krankheiten zu heilen, die bisher nicht erfolgreich behandelt werden konnten. Es scheint sich eine revolutionäre Entwicklung in der Medizin anzubahnen. Die Hoffnung lautet, mit Hilfe von Stammzellen – aufgrund ihrer Fähigkeit sich zu vermehren und in verschiedene Zelltypen auszudifferenzieren – ganze Organe wieder herstellen zu können.

Umso wichtiger ist es, in der nationalen wie internationalen Forschungsförderungspolitik die Förderung auf ethisch unumstrittene Methoden zu konzentrieren. Die adulte Stammzellforschung und die Forschung mit konserviertem Blut der Nabelschnur sind ethisch unumstritten, weil sie niemanden schädigen und kein menschliches Leben vernichten. Sie sind zudem wissenschaftlich interessant, weil aufgrund der immunologischen Vorteile keine Abwehrreaktionen zu erwarten sind, und sie sind zudem ökonomisch reizvoll, insofern hiermit Wettbewerbsvorteile erarbeitet werden können.

So geht schließlich die Forderung an den EU-Ministerrat, der Empfehlung des Europäischen Parlaments zur finanziellen Förderung verbrauchender Embryonenforschung im Rahmen des 7. EU-Forschungsprogramms nicht zu folgen und stattdessen auf unumstrittene Projekte zu setzen.

*Dr. Rolf Schumacher, Leiter der Arbeitsgruppe Politik und Gesellschaft im Generalsekretariat des ZdK*

### Zukunftsperspektiven eröffnen

**Bleiberecht als Chance für Menschen, die schon lange in Deutschland leben**

*Kirchen und Wohlfahrtsverbände sowie viele gesellschaftliche Gruppen und Einzelpersonen haben sich immer wieder für eine Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge nachdrücklich und öffentlich eingesetzt. Im Vorfeld der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes wurde von Politikern immer wieder betont, dass damit auch die so genannten Kettenduldungen abgeschafft werden sollten.*

Seit dem 1. Januar 2005 ist das Zuwanderungsgesetz in Kraft und die Zahl der geduldeten Flüchtlinge ist von rund 230.000 auf etwa 190.000 gesunken, darunter sind 54.000 Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren.

Die Abnahme der Zahl der Geduldeten ist darauf zurückzuführen, dass ein Teil – Schätzungen gehen von gut 20.000 Menschen aus – ein Aufenthaltsrecht nach den Regelungen des Zuwanderungsgesetzes erhalten hat; eine zweite Gruppe ist freiwillig ausgereist, eine dritte ist abgeschoben worden. Über 70.000 der geduldeten Flüchtlinge stammen aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens, etwa 13.000 aus der Türkei über 9.000 aus dem Irak, 7000 aus Afghanistan und gut 6.000 aus Vietnam.

#### **Gründe zu bleiben**

Die Gründe dafür, dass so viele nicht zurückkehren wollen oder können sind vielfältig. Sie liegen einerseits in der höchst prekären politischen Situation in verschiedenen Herkunftsländern oder darin, dass diese die Ausstellung von Reisepapieren und die Rückübernahme verschleppen oder gänzlich verweigern. Sie liegen andererseits aber auch im Verhalten vieler Flüchtlinge, die ihre Pässe vernichtet haben, die ihre Identität nicht preisgeben oder die die Mitwirkung bei der Beschaffung von Reiseausweisen verweigern. Manche leiden an Krankheiten, die eine Ausreise ganz oder zeitweise unmöglich machen. Hinzu kommt, dass viele der Betroffenen inzwischen über zehn Jahre in Deutschland leben, von diesen haben wiederum eine ganze Reihe Kinder, die in Deutschland

geboren wurden und die entsprechend hier aufgewachsen sind.

#### **Gründe für Beendigung des Aufenthalts**

Die ausländerrechtlichen Gründe für die Aufenthaltsbeendigung sind unterschiedlich. Ein Großteil der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien ist als Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtling in Deutschland aufgenommen worden. Diese Menschen müssen nach Beendigung der Kriegshandlungen in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Andere haben Asylanträge gestellt – wie die meisten Iraker und Afghanen. Sie sind abgelehnt worden, weil Krieg und Bürgerkrieg keinen Asylgrund darstellen. Bei den Vietnamesen handelt es sich überwiegend um ehemalige Vertragsarbeitnehmer aus der DDR beziehungsweise aus der Tschechoslowakei, die um die Zeit der Wende in die Bundesrepublik gekommen sind in der Hoffnung, sich hier nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten eine Zukunft aufbauen zu können. Sie haben in der Regel einen aussichtslosen Asylantrag gestellt, denn seit einiger Zeit gibt es ein Rückübernahmeabkommen zwischen Deutschland und Vietnam, das von Vietnam allerdings nur sehr schleppend umgesetzt wird. Sehr oft sind die Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten Angehörige von ethnischen oder religiösen Minderheiten, die in ihrer Heimat immer wieder diskriminiert oder verfolgt werden, was in den meisten Fällen jedoch nicht als Begründung für eine Asylberechtigung ausreicht.

#### **Ungerecht?**

Die harten Schicksale von Einzelnen und vor allem von Familien mit Kindern, die in Deutschland seit Jahren mit einer Duldung leben, sind der Grund dafür, dass die Forderung nach einer Bleiberechtsregelung so laut und weit verbreitet ist. Problematisch und auch strittig ist allerdings die Ausgestaltung einer Bleiberechtsregelung. Die Innenminister etwa argumentieren folgendermaßen:

Wenn diejenigen,

- die illegal nach Deutschland gekommen sind,
- denen in ihren Herkunftsländern weder im Sinne des deutschen Asylrechts noch der Genfer Flüchtlingskonvention politische Verfolgung droht,
- die auch nach der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht schutzbedürftig sind,

- denen keine konkret-individuelle Gefahr bei Rückkehr droht und
- die deshalb zur Ausreise verpflichtet sind, was regelmäßig durch alle Gerichtsinstanzen bestätigt wurde,

zu guter Letzt mit einem Daueraufenthaltsrecht belohnt werden, stellt dies nicht nur einen Anreiz für Andere dar, es ebenfalls in Deutschland zu versuchen. Es wäre auch ungerecht gegenüber denjenigen, die ihrer Ausreiseverpflichtung nachgekommen sind oder die sich der Abschiebung nicht widersetzt haben.

### **Haltung der Kirchen**

In ihrem Gemeinsamen Wort zur diesjährigen Interkulturellen Woche geben der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Dr. Wolfgang Huber, und der Metropolit der Griechisch-Orthodoxen Kirche von Deutschland, Augoustinos, zu der angekündigten, aber nicht erreichten Abschaffung der Kettenduldungen zu bedenken: "Sowohl unter dem Integrationsaspekt als auch unter humanitären Gesichtspunkten ist es bedauerlich, dass für diese Personengruppe noch keine befriedigende Lösung erreicht worden ist. Wir werden uns deshalb weiterhin für eine Regelung einsetzen, die den Betroffenen unter realistischen Bedingungen ein Bleiberecht einräumt. Zu beobachten ist zudem nach wie vor eine Abschiebep Praxis, die humanitären Belangen nicht zureichend Rechnung trägt und selbst solche Menschen erfasst, die sich bereits gut in unsere Gesellschaft integriert haben. Abgeschoben werden auch Familien, deren Kinder hier aufgewachsen oder geboren sind. Es sind ebenfalls Jugendliche nach Vollendung ihres 18. Lebensjahres von der Abschiebung betroffen, obwohl ihre Familien ein Bleiberecht haben. So werden Familien getrennt."

### **Bedingungen**

Von einer Bleiberechtsregelung sollen – so viele Innenminister – nur Geduldete profitieren, deren eigener Lebensunterhalt sichergestellt ist, die ihre Identität zu keiner Zeit verschleiert haben und die nicht straffällig geworden sind. Bleibt es bei diesen Voraussetzungen, wird nur eine ganz geringe Zahl von Geduldeten ein Bleiberecht erhalten können. Eine solche Bleiberechtsregelung

wäre weniger als halbherzig, und die Diskussion dazu würde umgehend fortgesetzt.

Das größte Problem bei den drei genannten Voraussetzungen würde die Sicherstellung des eigenen Lebensunterhalts darstellen. Viele Flüchtlinge haben nie eine Arbeitsgenehmigung bekommen oder, wenn sie sie bekommen haben, wegen der oft sehr kurzen Duldungsfristen von wenigen Wochen bis zu sechs Monaten, keinen Arbeitsplatz gefunden. Die Jugendlichen – nicht wenige mit guten bis sehr guten Schulabschlüssen – bekommen keinen Ausbildungsplatz, da sie dafür eine Arbeitsgenehmigung benötigen.

### **Lösungsansätze**

Hier böte sich ein Lösungsansatz, wenn langjährig Geduldeten und Jugendlichen mit einem Schulabschluss, unabhängig von der allgemeinen Situation auf dem Arbeitsmarkt, eine Arbeitsgenehmigung erteilt würde. Nicht alle, aber viele würden dann einen Arbeitsplatz finden, der den Lebensunterhalt sichern könnte. Aber auch eine solche Regelung müsste mit dem Widerspruch rechnen, dass sie Anreize für zusätzliche unerwünschte Zuwanderung biete.

Für die Gruppe derer, die ihre Ausreisehindernisse nicht selbst zu vertreten haben, würde sich eine Regelung anbieten, die die Länge des Aufenthalts in Deutschland in Betracht zieht. Auch hierbei müssten die Innenminister über ihren eigenen Schatten springen.

Es geht darum, vielen Einzelpersonen und vielen Familien, die schon lange in Deutschland leben und sich, außer einer nach deutschem Recht nicht gewünschten Einreise, nichts haben zu Schulden kommen lassen, nach langjährigem Aufenthalt und – trotz widriger Umstände großer Integrationsbemühungen – eine Zukunftsperspektive hier zu eröffnen. Es ist im eigenen Interesse unseres Landes, die vielen Fähigkeiten, die diese Menschen mitbringen, und ihren Willen, sich in diese Gesellschaft einzubringen, nicht brach liegen zu lassen.

Das ist jedenfalls die Erfahrung und der Wunsch derer, die sich öffentlich und im Einzelfall für eine Bleiberechtsregelung einsetzen.

*Gabriele Erpenbeck, Ausländerbeauftragte des Landes Niedersachsen, Sprecherin des ZdK-Sachbereiches Integration und Migration*

### **Eine Schwäche für die Kleinen**

..... in einem Punkt aber war der Katholikentag tatsächlich die Zeitansage, die er sein möchte. Überraschend einig betonten Politiker, Wirtschaftsvertreter und Kirchenleute: Es sind Strukturen der Solidarität und des sozialen Ausgleichs zwischen Starken und Schwachen nötig. Das Bild, wonach die Äpfel des wohlgenährten Pferdes auch die Spatzen leben lassen, hat als Wirtschaftsmodell ausgedient.... Ein bemerkenswerter Wandel: Bislang war die Sorge groß, ein allzuständiger und alle versorgender Staat könnte sich übernehmen und zusammenbrechen. Die Sorge hat ihre guten Gründe, doch jetzt kommt auch die andere Perspektive in den Blick: Ein Staat, dem es nicht mehr gelingt, ausgleichende Gerechtigkeit zu organisieren, der hüllt sich aus.

(Süddeutsche Zeitung, 29.05.06)

### **Die fromme Chance**

Fünf Tage lang war Saarbrücken Nabel der deutschen Katholiken. Dass es keine dreifaltige Nabelschau wurde, verdanken wir der großen Vielfalt, die Kirche heute ausmacht. Kirche, zumal die Vatikanische, ist nicht mehr so wie früher der Hort des braven Konservatismus und des demütigen Gehorsams, mit langatmiger Liturgie und uralten Gesetzmäßigkeiten. Kirche heute ist eine moderne Einrichtung gläubiger Menschen, die auf ihre ganz persönliche Weise den Sinn des Lebens suchen – oder schon gefunden haben.

Das Thema "Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht" war gut gewählt, es traf genau den Nerv der Zeit. Gerechtigkeit ist ein, wenn nicht das christliche Kernthema. Armut und Reichtum, Globalisierung und ihre Folgen, Gleichberechtigung nicht nur vor Gott heißen die Schlagworte. Dabei wurde deutlich, dass gerade die Katholiken die totale Ökonomisierung der Gesellschaft für einen Irrweg halten.

(Saarbrücker Zeitung, 29.05.06)

### **Eindrucksvolle Veranstaltung**

Der Saarbrücker Katholikentag war eine eindrucksvolle Veranstaltung. Es gibt in Deutschland zurzeit keine gesellschaftliche Kraft, die ähnlich in der Lage wäre wie die beiden großen Kirchen, Themen zu setzen, Diskurse zu organisieren, Klärungsprozesse zu befördern. In Zeiten, da die Ökonomisierung alle gesellschaftlichen Prozesse dominiert, wo Markt und Wettbewerb das Ge-

setz des Handelns bestimmen, ist es wichtig, dass eine starke Institution mit deutlichen Ausrufezeichen darauf hinweist, dass das freie Spiel der Kräfte nicht der alleinige Maßstab menschlichen Handelns sein kann. Die Provokation, das Thema "Gerechtigkeit" zum Leitgedanken zu machen, hat den Teilnehmern, aber auch der ganzen Republik spannende Diskussion beschert. ... Die begeisterten Massen, den Happeningcharakter des Weltjugendtreffens suchte man vergebens – und das lag nicht nur am Wetter. Es war halt kein Benedetto-Superstar zum bejubeln da, mehr anspruchsvolle Denkarbeit gefordert als wohliges Feeling. Da muss die katholische Kirche aufpassen, dass sie sich mit gigantischen Pop-Spektakeln nicht selbst die Preise verdirbt und langfristig solche unverzichtbaren Foren wie den Katholikentag gefährdet.

(Trierischer Volksfreund, 29.05.06)

### **Arme, Waise und Fremde**

Fremde sehen oft genauer. Französische Teilnehmer am 96. Deutschen Katholikentag waren beeindruckt und überrascht zugleich. Nicht nur, dass Politiker und höchste Staatsvertreter sich in ein solches Christentreffen einbinden lassen, und das Gespräch suchen. Noch grundlegender: dass in Deutschland Religion überhaupt als ein Raum akzeptiert ist, von dem man Impulse in das gesellschaftliche Leben hinein erwartet und für möglich hält.

Wenn es auf einem Katholikentag um politische und gesellschaftliche Fragen geht, dann nicht, weil man den Glauben vernachlässigt. Die Sorge um die – alttestamentlich gesprochen – Armen, Waisen und Fremden gehört zum ältesten Erben des Glaubens an den Gott der Liebe. Sich dazu unzweideutig bekannt zu haben, gehört zu den Verdiensten des Saarbrücker Katholikentags.

(Konradsblatt, 04.06.06)

### **Mehr Politik, weniger Religion**

... Wurde vor Beginn des Katholikentags noch spekuliert, wie stark der Besuch des deutschen Papstes in Polen dem Katholikentag schaden würde, war zum Abschluss davon nicht mehr zu hören. Mit dem Motto "Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht" hatten die Organisatoren zumindest einen medialen Volltreffer gelandet, der ein großes Echo darüber auslöste, ob die Kapitalrendite das bestimmende Maß in der Gesellschaft sein darf.

(Tagesspiegel, 29.05.06)